

Pressemitteilung

Zumeldung zur Forderung der Wirtschaftsministerkonferenz nach Einführung eines Transformationsstrompreises

Baden-württembergische Wirtschaft unterstützt Länder-Forderung nach Einführung eines Transformationsstrompreises

**Barta: „Bundeswirtschaftsminister Habeck hat jüngst ein in
weiten Teilen vernünftiges Industriestrompreis-Modell
vorgestellt. Die Ampel-Koalition sollte nun eine zügige
Einigung darüber anstreben – und dabei auch den
Mittelstand nicht vergessen“**

22.06.2023

STUTTGART – Die baden-württembergische Wirtschaft unterstützt die Forderung der Wirtschaftsministerinnen und Wirtschaftsminister der Bundesländer nach Einführung eines Transformationsstrompreises, mit dem die energieintensive Industrie in Deutschland die Zeit überbrücken kann, bis ausreichende Mengen günstiger erneuerbarer Energie zur Verfügung stehen. „Die Strompreise bewegen sich in unserem Land immer noch auf einem vielfach höheren Niveau als vor Beginn der Energiekrise. Sie schädigen aktuell die Wettbewerbsfähigkeit zahlreicher Unternehmen“, erklärte der Hauptgeschäftsführer der Unternehmer Baden-Württemberg (UBW), Oliver Barta, am Donnerstag in Stuttgart. „Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck hat jüngst ein in weiten Teilen vernünftiges Industriestrompreis-Modell vorgestellt, das die Brücke ins Zeitalter günstiger erneuerbarer Energien schlagen will. Die Ampel-Koalition sollte nun eine zügige Einigung darüber anstreben – und dabei auch den Mittelstand nicht vergessen“, forderte er.

Denn die Zeit dränge, insbesondere in den für die Lieferketten wichtigen Grundstoff-Industrien sei bereits vielfach die Produktion gedrosselt oder eingestellt worden, erklärte Barta: „So ist die energieintensive Produktion im vergangenen Jahr um fast 20 Prozent eingebrochen.“ Es bestehe die Gefahr, dass etliche Anlagen dauerhaft stillgelegt würden, da sich die Geschäftsmodelle mit den hohen Energiepreisen schlicht nicht mehr rechneten, warnte der UBW-Hauptgeschäftsführer: „Aus der akuten Krise droht ein dauerhafter Strukturbruch zu werden. Das muss unbedingt verhindert werden.“

Der Industriestrompreis solle keine Dauerlösung sein, sondern nur zur Überbrückung dienen, bis ausreichend Strom aus erneuerbaren Energien zu wettbewerbsfähigen Preisen zur Verfügung stünde, betonte Barta: „Wir stehen voll und ganz zu marktwirtschaftlichen Prinzipien und sind im Grundsatz keine Befürworter von Subventionen. Aber in dieser Ausnahmesituation sehen wir keine Alternative dazu.“